

Trump gehört faktisch hinter Gitter

USA: „Der Spalter geht, die Spaltung bleibt“, FR-Tagesthema vom 8. Dezember

Wenn Faschisten marschieren, gibt es Tote

Der Führer hatte gerufen und seine SA-Banden marschierten. Und wie immer, wenn Faschisten marschieren, gibt es Tote. Dieser Typ gehört nicht nur abgesetzt, sondern vor ein Gericht gestellt. Und Deutschland/Europa, seine Politiker*innen, die Behörden und die Justiz sollten, daraus lernen; für den Umgang mit den neofaschistischen Banden hier im Land, für den Umgang mit den Trumpfans aus der AfD-/Pegida-/„Querdenker“-Fraktion und für die Reichsbürgerszene.

Bernd Bremen, Aachen

Was hat da in Wirklichkeit nicht funktioniert?

Die Berichterstattung über die Vorgänge in den USA erscheint mir wenig hilfreich. Was hilft es denn, die Probleme dort stets auf die Ebene der Unlösbarkeit hochzuschreiben? Ja so lässt es sich gut leben. Immer ist sofort die Demokratie da irgendwo gefährdet, die Demokratie stirbt irgendwie von innen heraus – aber wer ist das eigentlich: „die Demokratie“? In einer funktionierenden Demokratie sind es alle, aber die Demokratien funktionieren offensichtlich nicht.

Wenn der russische Staatspräsident Putin sein System als „gelenkte Demokratie“ bezeichnet, würde ich das amerikanische System als „getarnte Diktatur“ ansehen. Was wir in den vergangenen vier Jahren beobachten konnten, war ein pseudodemokratisches System, in dem ein von undemokratisch denkenden Kräften gewählter Präsident, dem Narzissmus zu-

geschrieben wird, in totaler Willkür an Destruktion machen konnte, was ihm in den Sinn kam. Ein „international isolierter Schienbeintreter“, wie er im Deutschlandfunk bezeichnet wurde. Und nie konnten „Demokraten“ etwas dagegen tun, denn ätsch, der Präsident war immer mächtiger und fand immer ein Hintertürchen. Es blieb beim lächerlichen Schimpfen darüber. Das ist Diktatur, vom amerikanischen System seit je her sorgfältig installiert. Es hat nur noch einer Person wie Donald Trump bedurft, um das aufzudecken. Von daher betrachtet war die Periode Trump eine lohnende Investition.

Wenn Demokratie funktioniert hätte, hätte es nie einen Präsidenten Trump gegeben. Also: Wer ist das, der da nicht funktioniert hat? Holen wir die Probleme nach den Lehren aus der Periode Trump aus dem herbeigeschriebenen Himmel der Unlösbarkeit wieder herunter und lösen sie! Martin Thurau, Schweinfurt

Die USA haben als Vorbild abgedankt

Mit der Stürmung und Verwüstung des Kapitols durch einen gewaltbereiten Mob versinkt Amerika als Vorbild einer freien und demokratischen Welt endgültig in der Versenkung. Damit haben die Feinde der parlamentarischen Demokratie und ihr Apologet Trump einen Sieg errungen, der die USA als Vorzeigobjekt einer freiheitlichen Welt völlig diskreditiert. Kein Wunder, dass Diktaturen in aller Welt feixen und ihr Regierungsmodell damit bestätigt sehen. Sie sehen die Demokratie in Amerika als gescheitert an.

Putins Russland hat das Wahlsystem in den USA als „archaisch“ bezeichnet, es entspräche nicht mehr heutigen demokratischen Standards. Wenn das mal nicht eine Klatsche ist! Die Aussage entspricht trotzdem den Tatsachen. Die amerikanische Verfassung ist über 200 Jahre alt und fördert eine Regierungselite aus dem Geldadel, der wie der trumpische Familienclan an Oligarchen wie etwa Kim Young Un erinnert. In der Tat hat es hier nie eine Reform gegeben, was den Niedergang dieses Systems befördert hat.

Nur so konnte sich der Trumpismus, gefördert durch die Republikaner sowie die äußersten Rechten, ultrakonservativen Christen, darwinistischen Survivalisten, xenophoben Verschwörungstheoretikern und Rassisten sowie einer außerparlamentarischen Opposition durchsetzen.

Trump ruft schon seit langer Zeit zum Putsch und zur Gewalt auf – am Tag der Ausschreitungen nochmals explizit. Das erfüllt den Tatbestand der Verschwörung und hat etwas mit einem Staatsstreich zu tun, auf welchen in vielen Ländern die Todesstrafe steht. Trump hat sich in vielen Fällen über Gesetze hinweggesetzt und ist in mancherlei Hinsicht straffällig geworden, ohne dass ihn je jemand zur Rechenschaft gezogen hätte. Da ist es mehr als zynisch, dass Kritiker, welche Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt haben wie der Journalist Assange, ihr halbes Leben im Gefängnis verbringen müssen. Trump, der wirklich kriminell ist, läuft dagegen frei herum. Conrad Fink, Freiberg a. N.

Diskussion: [frblog.de/sechster-januar](https://frblog.de/2021/01/08/sechster-januar)



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/forum-20210111

Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

Die Behinderung der vierten Gewalt schadet der Demokratie

Julian Assange: „Vom Hacker zum ‚Staatsfeind‘“ und „Freiheit ohne Aufschub“, FR-Politik vom 4. Januar und FR-Meinung vom 5. Januar

Die USA wännen sich außerhalb des Rechts

Wie viele andere Staaten auch versuchen die USA, ihre kriminellen Handlungen zu vertuschen, und schrecken dabei nicht davor zurück, Journalisten und Whistleblower zu kriminalisieren. Der Fall Julian Assange ist ein „gutes“ Beispiel dafür, wie Politiker eigenen Straftaten bzw. Straftaten, die mit ihrem Einverständnis oder mindestens mit ihrer Duldung verübt wurden, verheimlichen wollen. Im Fall Assange werden nicht die Soldaten, die mit voller Absicht Zivilisten und Reporter erschossen haben, sondern die Informantin, Chelsea Manning, und Julian Assange angeklagt, der die Untaten öffentlich gemacht hat. Wenn kriminelle Handlungen durch engagierte, mutige Menschen doch öffentlich werden, dann werden diese Menschen in die Isolation getrieben (Edward Snowden), ins Gefängnis gesteckt (siehe u.a. die Türkei) mit falschen Anschuldigungen überzogen und getötet (siehe z.B. Daphne Caruana Galizia in Malta).

Die USA glauben, dass sie außerhalb des Rechts steht. Sie verschleppen und halte Menschen ohne Prozess gefangen und foltern sie (Guantánamo). Sie erkennen den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nicht an. Die immer weiter um sich greifende Behinderung journalistischer Arbeit durch Regierungen, aber auch die nach wie vor üblichen Sanktionen gegen Whistleblower sollen verhindern, dass Fehlverhalten und kriminelle Machenschaften ans Licht kommen. In Deutschland gibt es dank CDU/CSU bis dato kein Gesetz, das Whistleblower vor Sanktionen schützt, und wenn es nach Peter Altmaier geht, wird dies auch so bleiben.

Der Fall Assange zeigt, wie skrupellos die Politik mit denen umspringt, die ihre Schandtaten aufdecken. Das Schlimme ist, dass sich auch europäische Länder aus Angst vor wirtschaftlichen Nachteilen dem Diktat der USA beugen und das unwürdige Spiel mitspielen. Dass Assange zumindest im Moment nicht ausgeliefert wird, wird „nur“ mit seinem Gesundheitszustand be-

gründet. Bei der Beurteilung der unhaltbaren Anschuldigungen hält sich das Gericht, ebenso wie die Bundesregierung, zurück. Man „hört“ zu dem Vorgang nur Schweigen. Die praktizierte Behinderung der vierten Gewalt schädigt die Demokratie nachhaltig. Margaret Bautz, Dietzenbach

Wer die Wahrheit ans Licht bringt

Ich kann allen Punkten, die Herr Hofer in seinem Leserbrief (8.1., S. 31) anspricht, nur zustimmen. Wie kann es sein, dass ein Mensch auf Menschenrechtsverstöße, Kriegsverbrechen hinweist und dafür von einem Rechtsstaat verurteilt wird und dann jahrelang ins Gefängnis muss? Sollten wir nicht froh und dankbar sein, dass Journalisten ihr Leben riskieren um derart abscheuliche Vorkommnisse an die Öffentlichkeit bringen? Als Edward Snowden die Machenschaften des NSA aufdeckte, musste er außer Landes fliehen. Ihm drohte die Todesstrafe. Er konnte bis heute nicht zurückkehren. Da fällt einem gesunden Menschen doch nichts mehr

ein! Diese Staaten bzw. deren politisch Verantwortlichen und die dortigen Gerichte liegen mit ihrer Rechtsprechung außerhalb der Charta der Menschenrechte, sind mit dem Artikel 1 unseres Grundgesetzes nicht vereinbar.

Schauen wir auf die jüngsten Vorkommnisse in den USA: Ein Präsident, der Hass und Zwittertracht über Jahre gesät hat, der mit (s)einem Mob von gewaltbereiten und durch seine Lügenrhetorik verblendeten Anhängern im Prinzip einen Putschversuch anzettelt. Er hat wohl keine Strafe zu erwarten, denn es gibt noch genügend Gefolgsleute in den Reihen der Republikaner, die lediglich ihr eigenes Interesse im Blick haben und es sich mit den Millionen Trumpwähler:innen nicht verscherzen wollen. Diese Menschen sind nicht nur eine Gefahr innenpolitisch in den USA, sondern für die ganze Welt.

Es erfordert internationale Solidarität mit Assange und Snowden. Sie haben die Wahrheit ans Licht gebracht.

Ingeborg Weber-Goertz, Weiterstadt

Diskussion: [frblog.de/assange](https://frblog.de/2021/01/05/assange)

Geschäfte mit dem Tod

Zu: „Deutsche Waffen für Nahost“, FR-Politik vom 4. Januar

Zu Recht werden die milliarden-schweren Rüstungsexporte der Bundesrepublik an Beteiligte am Jemen-Krieg skandalisiert. Was sind Koalitionsvereinbarungen wert, die dies ausgeschlossen haben? Wenn der Streit nun darum geht, was „unmittelbar“ am Krieg bedeutet, ist dies peinliche Sophisterei, die den klaren Blick auf die Geschäfte mit dem Tod verwässern soll.

Wir sollten den Blick aber auch auf andere Regierungen lenken, die ebenfalls von deutschen Waffenlieferungen profitieren, während sie systematisch Menschenrechte verletzen. Ein solcher Fall ist Indonesien, das regelmäßig zu den wichtigsten Bestimmungsländern mit den höchsten Genehmigungswerten für deutsche Rüstungsexporte zählt. Dieses Land lag 2019 mit über 200 Millionen Euro auf dem Rang zehn aller Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte.

In den indonesischen Provinzen Papua und West-Papua herrscht seit Jahrzehnten faktische Apartheid gegenüber der indigenen Bevölkerung. Gewaltsame Übergriffe der Sicherheitskräfte sind an der Tagesordnung. Jüngstes Beispiel ist die Ermordung von Pastor Yermias Zambani am 19. September 2020. Meist gehen die Täter straffrei aus. Das UN Hochkommissariat für Menschenrechte äußerte sich Ende November 2020 beunruhigt über die anhaltende Gewalt in Westpapua und fordert die indonesische Regierung auf, ihrer internationalen Verpflichtung nachzukommen und Menschenrechte zu wahren, Gewaltakte zu untersuchen und Rechenschaftspflicht zu gewährleisten.

In den politischen Grundsätzen für den Rüstungsexport der Bundesregierung heißt es, „dass die Menschenrechte im Empfängerland sichergestellt werden müssen. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass die zu exportierenden Güter nicht zu systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden sollen“. Dietrich Weinbrenner, Witten

Ich schäme mich für mein Land!

Die deutsche Bundesregierung genehmigt Produzenten der Waffenindustrie Lieferungen an Staaten, die momentan in den beiden Regionen Jemen und Libyen Krieg führen. Genehmigung von Waffenlieferungen bedeutet Unterstützung der dortigen Kriegsführung. Welch falsches zusätzliches Spiel die deutsche Regierung in dieser Situation verfolgt: Gleichzeitig übernimmt sie die scheinheilige Rolle des Friedensstifters, indem sie in Berlin zu einem Gipfeltreffen eingeladen hat mit dem Ziel, die Waffenlieferungen zu beenden. Es zeigt sich, dass wirtschaftliche Interessen der Waffenlobby für die deutsche Bundesregierung größere Priorität hat als humanitäre Werte. Ich schäme mich für mein Land!

Gerd Himmelreich, Glashütten

Diskussion: [frblog.de/drohnen-3](https://frblog.de/2021/01/04/drohnen-3)